Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“): durch die Post bezogen ohne Frangobrief
 monatlich M. 1.20, vierteljährlich M. 3.60; durch die Kolportage wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersitz in Hamburg.

Dienstag, den 21. August 1906.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum mit 30 Pf. für den
 Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienangelegenheiten mit 20 Pf. berechnet.
 Anzeigenannahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends),
 in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.
 Redaktion und Expedition: Friedrichstraße 11 in Hamburg.

Filialen: **Ed.-St. Pauli** bei Carl Lementzow, Seilerstr. 27, pt. 1. **Nord-St. Pauli, Einsbüttel, Langenfelde** bei Carl Drepper, Margarethenstr. 72, Einsbüttel. **Hohelnst, Eppendorf, Groß-Vorfeld** und **Winterhude** bei Ernst Grohkopf, Kohnweg 51, Eppendorf. **Farmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Peterert, Nachstr. 12, Farmbeck. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbeck** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Nienburgrort, Billwärder und Veddel** bei Hub. Fuhrmann, Schwanenstr. 33, Hammerbrook. **Elbek, Wandersbek** und **Hirschfelde** bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandersbek. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Die Landarbeiterfrage.

Wir haben noch ein im Jahre 1872 erschienenenes Buch eines Konfessionellen, des Herrn v. d. Goltz, über „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ zu berücksichtigen. Der Verfasser glaubt, seine Hoffnung auf die Günstigkeit der Grundherren setzen zu dürfen, denen er warnend vom Standpunkte des „Ordnungspolitikers“ aus rufen: „Wenn wir den ländlichen Arbeitern zu einer befriedigenden Lebenslage verhelfen, wird es den Männern, welche den Umsturz der bestehenden Zustände herbeizuführen trachten, nie gelingen, ihre Pläne zu realisieren, während eine fortdauernde Vernachlässigung der ländlichen Arbeiter mit der Zeit die letzteren ganz gewiß für die sozialistische Agitation empfänglich und dann zu gefährlicheren Feinden der bürgerlichen Ordnung machen wird, als es bisher noch irgendwo in Deutschland die sommerlichen Arbeiter gewesen sind.“

Um ein klares Verständnis über den Kulturzustand der ländlichen Arbeiter zu ermöglichen, weist v. d. Goltz darauf hin, daß sie fast ohne Ausnahme Kinder, Enkel oder höchstens Urenkel von Leuten sind, die noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in dem Zustande großer Unfreiheit, der Untertänigkeit lebten, an die Scholle gefesselt, der Willkür ihrer Herren unterworfen, an Unselbstständigkeit und Unterwürfigkeit gewöhnt, ohne oder mit ganz geringer Schulbildung aufgewachsen waren, auf einer Skulturstufe und in einer Lebenshaltung, die es ihnen weder möglich noch zum Bedürfnis machten, über den Zweck ihres Daseins nachzudenken, oder um etwas weiteres als um die Befriedigung der dringlichsten Lebensbedürfnisse sich zu kümmern. Jetzt ist es die geistige, die den ländlichen Arbeiter zum geistigen Werkzeug der Herren macht. v. d. Goltz flagt darüber, daß sehr viele Gutbesitzer aus „trauriger Egoismus“ und „mangelnder Gewissenhaftigkeit“ die den Arbeitern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Und auf die Frage, wie es dann komme, daß solche Besitzer immer noch Arbeiter bekommen, antwortet er: „Dieser Umstand findet seine Erklärung zunächst in dem Stumpfsinn und der Gleichgültigkeit vieler Dienstleute, die lieber in ihrer traurigen Lage zurückbleiben, als daß sie ernsthafte Anstrengungen zu einer Verbesserung derselben machen. Ferner darin, daß in derartigen Verhältnissen die Leute meist nicht in der Schuld des Herrn stehen und nicht abziehen können, ohne letztere zu tätigen, wenn sie nicht ihre wertvollste Habe zurücklassen wollen.“

Also Arbeitsklaven und zugleich Schulklaven! Von den Landarbeitern in Oberhessen sagt unser Gewährsmann, ihre Lage sei auf diesen Gütern „eine sehr klägliche, so daß sie oft an dem Notwendigsten Mangel leiden“. Und über die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter bemerkt er: „Es gibt noch viele Tausende von Arbeitern, in welchen die Gesundheit ihrer Inansen auf das Entsetzlichste gefährdet ist, welche auch nicht einmal den Schein einer menschlichen Wohnung an sich tragen, und in denen es den Bewohnern unmöglich ist, auch nur den gewöhnlichsten Regeln der Sauberkeit Rechnung zu tragen.“

Er sagt ferner, daß die erbärmlichen Wohnungen „wesentlich dazu beitragen, daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit herrscht und daß die Erwachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Sichteum anheimfallen“. Dazu nimmt v. d. Goltz die fast durchweg übermäßig lange Arbeitszeit und die Mangelhaftigkeit des Schulunterrichts.

Man beachte wohl: Das wurde 1872, also vor 34 Jahren, geschrieben! Aber auch v. d. Goltz hat sich vergeblich bemüht, das „Gewissen“ der Großgrundbesitzer wach zu rufen und sie zu einer „Politik der Gerechtigkeit“, wie er wünschte, zu bestimmen. Selbst der eindringlichste Hinweis auf die aus ihrer Ungerechtigkeit resultierende „Gefahr des Umsturzes“ hat bei ihnen nichts gebracht. Für die Bekämpfung dieser Gefahr verlassen sie sich auf die Polizei, die Justiz, die Kanonen und Bajonette, alles in allem auf eine Politik der Gewalt und auf die Passivität. Als im Jahre 1872, veranlaßt durch das Buch des Herrn v. d. Goltz, in Berlin eine „Konferenz ländlicher Arbeiter“ tagte und ein bürgerlicher Agrarier, Herr Krauer-Kröber, für Lohnverhöhung sprach, um die Arbeiter der Landwirtschaft zu erhalten, erklärte Herr v. Wedell-Malchow: man müßte die Kirche zu Hilfe rufen, die doch „heißt dem Herrn zu Diensten stand“ (wahrhaftig, das ist sie!); durch die „christlichen Ideen“ müßte das „unberedigte Drängen der ländlichen Arbeiter nach Gewinnen und Verbesserungen der materiellen Lage zurückgewiesen werden“. Ein Herr v. Göben aber sagte: „Nein! Gutbesitzer gäben für Schweinefäule mehr aus als für Arbeiterwohnungen.“

Zu den seitdem verfloßenen 34 Jahren sind die Agrarier durch „Liebesgaben“ aus Kloten des Volkes und mehr noch durch eine volksantöndliche Schutzpolitik bereichert worden. Aber nichts haben sie unternommen, die Lage „ihrer“ Arbeiter zu einer menschenwürdigeren zu

gestalten. Daß sie hier und da gezwungen waren, infolge des Arbeitermangels höhere Löhne zu zahlen, war für sie nur ein Ansporn, immer rückwärts die Vergewaltigung und Fesselung der Arbeiter anzustreben.

Wie vor Jahrzehnten, so ist auch heute noch die Lage der Arbeiter in jeder Hinsicht eine erbärmliche. Noch immer ist ihr Los, brutale Behandlung zu erleben, Not und Elend zu erdulden, in Gefangen zu haften, die für das Vieh zu schlecht sind. Noch immer wird die ländliche Arbeiterbevölkerung unter dem Schulpatronat der Junker gefesselt und schematisch in der Erziehung gräßlich vernachlässigt; noch immer gilt für das Herrtum das Wort: „Der dümmste Arbeiter ist der beste“. Noch immer ist das landwirtschaftliche Proletariat durch Ausnahmegesetze entrechtet. Und energischer, fanatischer als zuvor fordern heute die Junker und Junkerengen die Vernichtung des Reiches der Freizügigkeit; die Staatsgewalt soll die Landarbeiter zwangsweise verhindern, dahin abzuwandern, wo sie mehr verdienen und ein menschenwürdigeres Dasein genießen können. In diesem Sinne hat ja erst kürzlich wieder die „Deutsche Tageszeitung“ in einem Artikel über die „Leutenot“ geschrieben. Da meint denn nun das rheinische Zentrumsorgan, die „Alln. Volks-Ztg.“, die Regierung werde hoffentlich nicht so töricht sein, die Freizügigkeit anzutreten. „Das diebe!“ — sagt sie — „die Revolution fördern. Man denke sich die stürmische Zeit, welche sich der Landarbeiter — ganz mit Recht! — bemächtigen müßte, wenn sie geleglich gehindert würden, bessere Arbeitsplätze aufzusuchen! Die „Deutsche Tageszeitung“ wird doch nicht behaupten wollen, daß der liebe Gott die Landarbeiter wegen der Nittergutsbesitzer geschaffen habe.“

Also das Zentrumsbüro erkennt, was wir uns merken wollen, ein Recht der Landarbeiter auf Revolution an gegen den Versuch, sie durch Vernichtung der Freizügigkeit an die Scholle zu fesseln. Aber „daß der liebe Gott die Landarbeiter wegen der Gutbesitzer geschaffen habe“, das ist eine Ansicht, die sich wohl deckt mit prächtigen Lehren aus der katholischen Kirche. Diese Lehre hat die Kirche beider christlichen Konfessionen viele Jahrhunderte hindurch der ländlichen Arbeiterschaft verkündet. Freilich, war sie heute offen und unverhüllt ausgesprochen würde, hätte zu gewärtigen, verachtet und reißt für das Zrenhaus erklärt zu werden. Aber zu ihrem Sinn betonen sich noch heute geschorene und geschleihte „Diener Gottes“ und „christliche“ Arbeitsheren.

Daß die Zentrumspreffe der Forderung, der ländlichen Arbeiterschaft das Recht der Freizügigkeit zu nehmen, opponiert, erklärt sich daraus, daß die Zentrumsparthei allen Grund hat, es mit dem katholischen Teile dieser Arbeiterschaft nicht zu verderben. Aber die Zentrumssagrarier, die katholischen Gutbesitzer denken in diesem Punkte genau so, wie die protestantischen Junker, ihre Standesgenossen.

Wäge niemand mehr sich Mühe geben, das Agrarierium zu einer „Politik der Gerechtigkeit“ gegenüber seinen Arbeitern zu belehren. Denn alle Mühe ist vergebens. Wie laut auch das Gend dieser Arbeiter „zum Himmel schreit“, wie offenkundig ihre menschenwürdige Lage und Behandlung auch ist, die Masse der Grundherren spricht den überzeugendsten Tatsachen heute noch ebenbürtig, wie sie es früher getan hat, pochend auf die Stütze der Staatsgewalt, die dieses Element ja von jeher in ausgiebigster Maße genossen hat. Es ist nicht daran zu denken, daß von Seite dieses Herrtums die Hand geboten wird zu wirklich reformatorischen Maßnahmen im Interesse der ländlichen Arbeiter. Aber das ist gewiß, daß in absehbarer Zeit dieses Proletariat völlig erwachen und im Bunde mit dem Industrie-Proletariat und dem Zwang der Verhältnisse, auf dem Boden der Prinzipien des demokratischen Sozialismus, selbst die Lösung der Landarbeiterfrage betreiben, sich ein besseres Los erkämpfen wird.

Die Revolution in Rußland.

Beschwichtigungsdiaktik der Regierung.

Eine offiziöse Depesche meldet: Der Minister hat sich in seiner ersten Sitzung mit den Grundbesitzern des politischen Programms und begann die Prüfung der Gesetzentwürfe, die der Reichsduma nach ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden sollen. Der Minister hat ferner die Maßnahmen geprüft, die vor dem Zusammenritt der Duma ergriffen werden sollen. Gegenüber den immer wieder von den Zeitungen verbreiteten Gerüchten von der Möglichkeit der Einsetzung einer Militär-diktatur in Rußland erklärt die Petersburger Telegraphen-Agentur, sie sei ermächtigt worden, diese Gerüchte auf das entschiedenste für unbegründet zu erklären.

Das Kriegsgericht an der Arbeit.

Das Kriegsgericht in Kronstadt verurteilte 10 Teilnehmer an dem bewaffneten Aufstand zum Tode und 122 zu Zwangsarbeit; 15 Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Kriegsgericht beginnt die Vernehmung der Zeugen in der Angelegenheit der zweiten Gruppe der wegen bewaffneten Aufstandes Angeklagten am 21. August. Unter den Angeklagten befindet sich der frühere Deputierte der Reichsduma Dmitro.

Die Prästorianer des Jaren.

Die „Russische Korrespondenz“ schreibt aus Petersburg, 15. August 1906: Am letzten Freitag ritt ein Detachement der Ghebaltiergarde, eine der vornehmsten Regimenter, Vormittags 11 Uhr durch die

Schergewalt. Die Trompeten schmetterten und eine vorübergehende Dame bemerkte: „Eben Sie, wie lustig Sie dahereiten, als hätten Sie dort Arthur erobert.“ Die Umstehenden lachten, ein Offizier des Regiments hörte es. Die Abteilung sprengt zurück. Die Passanten fliehen. Die Dame, welche das Scherzwort gesagt, holt man ein und sie wird unter Stränden in eine Straße geführt und unter Bedeckung zum Offiziers-Kasino des Ghebaltiergarde-Regiments gebracht. Man stellt dort fest, daß es ein Fräulein Anna Spiridonowa Smirnowa ist. Jahn Offiziere treten aus dem Kasino und das Gend vom Liebe ist, daß die Dame auf den Hof geführt wird, und daß dort sieben Soldaten den Auftrag erhalten, Fräulein Smirnowa 25 Pfennigstücke aufzu zählen. Das geschieht. Darauf gibt einer der Offiziere des „vornehmlichen“ Petersburger Regiments die Soldaten die nicht mißzuverstehende Anweisung: „Tut mit dem Geld, was Ihr wollt.“ Die Gewinnung der Soldaten verbot ihnen, die Weisung ihrer „adeligen“ Vorgesetzten zu befolgen, und so kam die Schlägerei zwar mit furchtbaren Verletzungen auf dem Rücken, aber ohne daß der Wind des Offiziers befolgt worden wäre, davon. Ihr Bruder teilt den Sachverhalt jetzt öffentlich in der Zeitung mit, und die Empörung der Gesellschaft ist eine furchtbare; sie wird gefeiert, da der Mörder der Smirnowa für die Gerichte photographiert worden ist, und diese Photographien zeigt man empört herum. (Man sieht deutlich, wie der Mörder zerzt ist) Man denkt sich die Gasse. Am helllichten Tage in einer Straße, die etwa der Wilhelmstraße in Berlin entspricht, saßen Offiziere eine Dame für ein leichtfertiges Wort ergreifen. Sie schleppt sie in die Kaserne und erhält 25 Pfennigstücke, daß sie zusammenbricht und dann frant barriereleitet, und sie wird von den schußfertigen Attentaten nur gerettet, weil die „gemeinen“ Soldaten menschlicheres Empfinden haben als die „vornehmlichen“ Offiziere des vornehmlichen Regiments.

Attentat.

In Riga wurden am Sonntagabend auf einer belebten Straße ein berittener Polizeioffizier erschossen und ein Schussmann verwundet. Der Täter entkam.

Neuer Streik.

Infolge Entlassung einiger Maschinenisten und Matrosen legten alle übrigen Maschinenisten und Matrosen der Russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Sebastopol die Arbeit nieder.

Mitrad in Jankow.

Am Sonntagabend fand ein von Tausenden von Arbeitern der Walfabrik Graben befehltes Meeting statt. Zwei Schabracken-Dragoner begannen die Menge auszusäubern. Aus dem Hinterhalt fielen Schüsse. Daraufhin gaben die Dragoner fünf Schüsse ab. Viele Arbeiter wurden getötet oder verwundet. Mägdchen „Mädelstührer“ sind verhaftet worden. Es herrscht große Erregung.

Im Kaukasus.

Nach einer in Sankt Petersburg eingetroffenen Drahtnachricht überfielen Tatarren aus dem Dorf Makramand auf dem mit bewaffneten Kisten und Stöcken versehenen. Eine Kompanie kam den Kisten zu Hilfe, die mit Schüssen empfangen wurde. Es kam zwischen den Truppen und den Tatarren zu einem Gefecht, nach dessen Wendung das Dorf der Tatarren zerstört wurde. Aus dem Bezirk Jankow wurde gemeldet, daß wandernde Tatarren dreier benachbarter Bezirke den Wärdlichen Karakilis angriffen, 18 Armerier töteten, vieles Eigentum vernichteten und viele Einwohner verbrannten. Eine zweite von einem Dörfert namens Nagia angeführte Bande Tatarren machte auf das Dorf Jankow einen Angriff; auch in anderen kleinen Dörfern wurden von Tatarren Unthaten verübt.

Von der Weltbühne.

Bob bleibt dem Staatsdienst erhalten — wenigstens vorläufig. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt:

Wie wir hören, hat der Reichsfänger und Ministerpräsident das von uns bereits erwähnte Schreiben des Herrn Landwirtschaftsministers vom 13. August zum Gegenstand eines eingehenden Vortrages bei seiner Majestät dem Kaiser und Könige gemacht. Seine Majestät hat darauf in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Fürsten Bismarck erklärt, daß allerhöchste er auf Grund der Ausführungen des Herrn Ministers vom 13. August zur Zeit nicht in der Lage sei, über die Frage der Entlassung von Eggelsen v. Bobbielski aus dem Staatsdienst eine definitive Entscheidung zu fassen.

Sol nun weiß man wenigstens, was man daran ist. Eggelsen v. Bobbielski wird die „Moralität“ ausladen, die das seine Gehalt der Frau von Bobbielski mit Zippelschirch anhängig finden.

Ueber das Verhältnis der Firma Boermann zu der Kolonialverwaltung stellt Ministerialrat Jordan in seiner „Zukunft“ — die übrigens schon vor Jahren und Tag auf die außerordentlich hohen an Boermann gezahlten Transportkosten unter hohen Detailangaben hingewiesen hat, jetzt folgende Fragen an die maßgebende Stelle:

Wie ist es mit der Firma Boermann, deren Status der Krieg so wesentlich verbessert hat? Gab es nicht für alle Fälle der Mobilmachung Verräge, die den Norddeutschen Lloyd verpflichteten, Truppen und Material zu bestimmten Preisen zu liefern? Wenn ja, wurde diese Vertragspflicht nicht länger geltend gemacht? Hat Boermann, der, als ein Hauptinteresse am Handel aber weltwirtschaftlichen Faktoren, doch zugleich sein eigenes Geschäft sicherte, niedrigeren Preis gefordert als der Lloyd und, zum Beispiel, Offiziere billiger befördert als andere Reisende? Oder wurde, etwa mit der Begründung, andere Passagiere würden von der Schiffsfahrt nicht so reichlich befristet? Warum erbat man ihm dann die Indemnität der Konkurrenz? Warum Abgegeben in solcher Höhe nicht zu vermeiden? Sind aus dem Vortrage der Danziger Redeeer nicht Vorschläge gekommen, wie man das Schiffsgeheimnis organisieren könnte, und sind sie auf dem Wege in die höhere Geschäftskategorie nicht ins Wasser gefallen?

Antwort erheben vor allen die den Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd betreffenden Fragen. Hierbei ist unser Wissen in der Offensivität noch nichts bekannt geworden.

Auch eine Erinnerung. Die „Berl. Volks-Ztg.“ erinnert daran, daß jetzt gerade fünfundsiebzig Jahre vergangen sind, daß in der Gabelstein Brauerei in

Berlin der jüngere Sohn des damaligen Reichsfänglers, der Graf Wilhelm Bismarck, in einer politischen Versammlung sein Licht als Agitator leuchten zu lassen versuchte. Die Rede des jugendlichen Herrn, der in jener Versammlung als politischer Dilettant auftrat, ward schnell berüchtigt in deutschen Landen, da sie zur Zeit einer Hundepere gehalten wurde; neben dieser ging der mit Hilfe des Sozialistengesetzes aufrecht erhaltene Reichsfängler „Bismarck“ geistlich einher. Dieser „Reichsfängler“ hatte es mit sich gebracht, daß Hunderte von ehrenwerten Männern, nur weil sie Sozialisten waren, von Herz und Hof verjagt und vielfach in Not und Elend gestürzt waren. Der junge Graf Bismarck aber belästigte sein väterliches Genie in jener Rede an dem wichtige sein tollende Sage: „Die Hundepere brüht schwerer auf die Berliner als der kleine Reichsfängler“ — ein Wort, das bei den zur damaligen „konservativen Bewegung“ schwebenden Zuhörern des jungen Grafen ein wiederholtes Gelächter, bei allen Nicht-Bismarckianern im Deutschen Reich aber eine flammende Entrüstung hervorrief. Diese berühmte Rede war aber noch durch einen anderen Umstand bemerkenswert. Eingeführt wurde der junge Redner durch einen Professor von der Kriegsakademie. Dieser glaubte für die Vortragenden nicht besser Besame machen zu können, als indem er verfügte: Als Redner haben wir den Grafen Wilhelm Bismarck gewonnen, „durch den der Herr Reichsfänger zu dem Volke herabgestiegen ist“. Auch diese Rede zum machte damals die Runde, und die gesamte deutsche Presse. Die Schmeichelei des Reichsfänglers, der zu jener Zeit noch nicht abgefeilt war, zeigten sich nicht nur in der „Reichsfängler“ Wendung. Jeder unabhängige und verständige Mensch aber empfand dieses Wort als eine Verleumdung des Volkes. Niemand, und wäre er der höchstselbste Beamte des Reiches, überhöht zum Volke herabsteigen? Welche unglückliche Achtung des Volkes liegt darin, daß man von jemandem, der zum Volke redet, sagt, er setze zum Volke herab!

Das stimmt. Wer wundert sich über solchen Dummholz? Gehört er doch zu den Eigenschaften der herrschenden Stände und Klasse. Wie man da beschließt, wegwerfend, hochmütig über die Arbeiter spricht, die ja nur Arbeiter sind, so auch über das Volk, das sie ausbeuten. Aber auch dieser Dummholz wird sich schon noch legen!

Die Aufhebung der Fahrkartensteuer soll nach einer der „Voss. Ztg.“ aus Süddeutschland zugehenden Zuschrift eine Frage der Zeit sein.

Daß sie im Bundesrat erst nach Beliebigkeit einer der Bedenken zur Annahme gelangt, ist bekannt. Hauptächlich befürchteten die Bundesregierungen eine Schmälerung ihrer Einnahmemaßnahmen infolge des Uebergangs vieler Reisenden zu einer anderen Verkehrsmittel — eine Gefahr, die sich schon in den ersten Wochen nach der Einführung der Steuer als bedrohlich erwies. Was die Regierung trotzdem bewog, den Beschluß des Reichstages über Zustimmung zu erteilen, war folgende Erwägung: Behufs gründlicher Befreiung der Reichsfinanzlage und Befreiung der für die nächsten Jahre zu erwartenden Mehrausgaben wird eine stärkere finanzielle Heranziehung des Tabaks nicht zu umgehen sein; diese ist aber im Reichstage nur durchzuführen, wenn man dafür eine Kompensation gewährt, die den Abgeordneten die Rechtfertigung einer Höherbesteuerung des Tabaks vor ihren Wählern erleichtert. Eine solche Kompensation soll nun die Aufhebung der Fahrkartensteuer sein. Ein Reichsbeamter dürfte es es daher gar nicht ungenügen, wenn die Fahrkartensteuer recht vielen Widerstand begegnen.

Nicht überaus ungenügen. Wir glauben aber nicht, daß der Reichstag für diese Kompensation zu haben sein wird.

Die sich mehrenden Fälle der Verurteilung von Schulkindern zu Gefängnisstrafen geben der „Kölnischen Zeitung“ Anlaß zu sehr berechtigter Kritik, die an ein Erfurter Vorkommnis anknüpft. Vor der Erfurter Strafkammer, die erst vor kurzem einen zwölfjährigen Knaben zu acht Monaten Gefängnis verurteilt hat, erschienen vor kurzem vier Schulknaben aus Arnstadt, darunter zwei im Alter von 12 Jahren, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Die Jungen waren vielfach sich selbst überlassen, und ihre elterliche Erziehung ließ manches zu wünschen übrig. Die ihnen zur Last gelegten Verbrechen bestanden darin, daß sie einen Postkastenautomaten aufgebrochen hatten. Ferner sollten sie aus einer alleinstehenden Feldhütte drei Hundstühle gestohlen haben und ein Hund Stroh mitgenommen haben. Die Anklage lautete auf schweren Diebstahl, und sowohl Staatsanwalt als auch Gerichtshof waren der Meinung, daß „zur Warnung“ hier eine besonders empfindliche Strafe am Platze sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen einen Knaben drei Monate Gefängnis, gegen den zweiten fünf Monate, gegen den dritten drei Wochen und gegen den vierten fünf Tage Gefängnis. Das Gericht ging in den ersten drei Fällen weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und sprach den Antrag des Schulkinders folgende Strafen aus: Erstens fünf Monate Gefängnis, zweitens sechs Monate Gefängnis, drittens vier Wochen Gefängnis, viertens zwei Monate.

„Der dramatische Spruch der Erfurter Strafkammer“, so bemerkt dazu die „Köln. Ztg.“, „entpricht ganz der gegenwärtigen Praxis in der strafrechtlichen Behandlung jugendlicher Personen. Heute wird der Richter durch das geschriebene Recht, besonders durch das ungläubig bekämpfte Legalitätsprinzip, in engen Banden gehalten. Ihn interessiert nur die einzelne kriminelle Verletzung, nicht aber die Gesamtcharakteristika des unterfertigen, werdenden, erziehungsberechtigten Jugendlichen, und so kommt er zu einem den laien Sitten der Psychologie, Pädagogik und Moral zu widerlaufenden Urteil.“

Er muß laut Gesetz so handeln. Wer möchte da nicht dem Geheimen Rat Krohne danken, der gelegentlich der Versammlung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung zu Berlin 1893 sagte: „Wir sind unheimlich zu Krute, wenn ich daran denke, welche himmelstreichende Schuld das heutige Reichsleben auf sich ladet, wenn es so, wie es geschieht, in der Behandlung der jugendlichen Verbrecher fortfährt. Wir treiben eine moralische Finanzwirtschaft, die zu dem Arde drängt: „Rach und die Einstuß!“ Kann man sich eine vernünftigeren Kritik der heutigen formalistischen Strafrecht denken? Und doch ist in den 13 Jahren, die seitdem ins Land gezogen sind, nichts geschehen zur Verringerung des unnatürlichen, widersinnigen und inhumanen Strafsystems. Wie die beiden Erfurter Urteile zeigen, bringt man ihm noch heute Hohenborn armer, bemitleidenswerter Kinder. Wann endlich wird die so oft angekündigte Strafrechtsreform zur Tat werden?“

Dieser Kritik möchten wir noch anfügen, daß es nicht nur das achtzehnte und achtzehnte, das solche Urteile gegen Kinder zeitigt, sondern vielmehr noch der Geist, der die neuzeitliche Jurisprudenz beherrscht, dieser Geist der „Schneidigkeit“, dieser Klatschgeißel, der im Volk nur eine durch Furcht in Schranken zu haltende Horde sieht, der der Blick des Herrschers, das Justizhaus und das Gefängnis stets vor Augen geführt werden müßte, während Galunnen „bessere Sünden“ zu entschuldigen seien. Die Strafrechtsreform allein hilft da nichts, wo die Klatschgeißel beherrscht den Klatschhaus dient. Das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden, und diese Wurzel ist eben die Klatschgeißel.

Weitere kolossale Steigerung der Fleischpreise. Aus allen Teilen des Reiches laufen Meldungen ein, wonach die Fleischpreise während der letzten Monate um M. 5 bis 6 geliegen sind. Speziell in Süddeutschland macht sich, wie die „Deutsche Freiheit“ meldet, ein großer Viehmangel bemerkbar, so daß sich die Mindernde Fleischlieferungen gezwungen sehen, auf neue bei der Regierung vorstellig zu werden. Dementsprechend wurde für den kommenden Dienstag eine Ausschreibung einberufen, um die Fleischpreise den Viehpreisen entsprechend zu erhöhen. Auch in Berlin und Leipzig sind die Preise um etwa M. 8 pro Zentner gestiegen. Und das trotz reichlicher Getreide- und Futtermittel. Wie lange noch wird die Regierung durch Fehlschlagen an den Grenzpreisen sich mituldigig bei agrarischen Fleischwunders machen?

Der Bierkrieg in Rheinland-Westfalen. Eine in Essen stattgehabte Witte-Vollversammlung gegen die Erhöhung der Biersteuer, welches vom einmütigen folgenden Resolution aus: „Die heute im Vereinheim „Essen-Bühne“ tagende, von circa 1000 Bierern besuchte Versammlung der Rheinischen Zone des Deutschen Kulturverbandes erklärt nach Anhörung der Referenten, daß sie einstimmig den angeforderten Preisnachlass verweigert. Die unabhängigen Bierhändler vor allem die Pflicht, sofort ihren Bierbedarf von einer richtigen Brauerei zu bedien. Die Verammlung verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Brauereier und erklärt den Studentenbrotvertrag als eine dem ganzen Kulturstande angetane Schmach. Die Verammlung hebt zu dem Publikum das Beseitigen, daß es in dem nunmehr unvermeidlichen Bierkrieg auf Seiten der Bierhändler wird.“

Die Verammlung beschließt, auf Grund der bekanntgegebenen Angebote Einlaufsgeossenschaften zu bilden, und beauftragt den Vorstand der Rheinischen Zone, behufs Erwerbung von Genossenschaftsbrauereien weitere Schritte zu tun und Anmeldeungen zu den Einlaufsgeossenschaften entgegenzunehmen.

Die Lage der Ordnungspolitik ist eine graumut verwickelt. Dieser Lage hatte der „Vorwärts“ in einem Artikel über die Militärhoftoffen geschrieben: „In Wirklichkeit hat für die Boykott in der Tat nur den einen Zweck, Geschäftsleute zu schädigen, und deshalb unterbreitet er sich auch sehr weitläufig von dem Hofpostoffen der Arbeiter und unserer Partei.“

Zugegen macht die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Einwendungen: „Das ist vollständig unrichtig. Der Militärhoftoff wird nur zu dem Zwecke über ein Vokal verhängt, um das Zusammenkommen der Soldaten mit den Genossen nach Möglichkeit zu verhindern, während dem die Sozialdemokraten ein Vokal boykottieren, um den Wert durch Geschäftsabwicklung so weit zu dringen, daß er sich ihren Wünschen vollständig zeigt. Die beabsichtigte Schädigung der Geschäftsleute ist schon ganz auf Seiten der Herren Genossen.“

Das wahre Gesicht der Zentrumssagrarier enthielt in einem Artikel der „Z. Tageszeitung“ der Straßburger Friedrichsdorf, „Mittels der Zentrumssagrarier des preussischen Reiches geordnetem Hause.“ Die Steuern, durch die diese zu einem gewissen Grade auch die bestehenden die zu greifen werden, ist die Fahrkartensteuer und die Erbschaftsteuer, passen dem agrarischen Zentrumsmann ganz und gar nicht. Diese Steuern hätten zunächst den Fehler, daß sie nicht einmal für die Zukunft genügt. Ausreichende Steuerbedürfnisse seien nur aufzubringen durch Belastung des Massenverbrauchs. Der preussische Zentrumssagrarier schreibt dann wörtlich:

„Die Regierung würde, daß die Mittel zur Aufrechterhaltung der Weltmarktstellung Deutschlands nur durch eine stärkere Belastung des Massenverbrauchs ausreicht (insbesondere bei der einseitigen Besteuerung des Alkohol in Wein, Bier, Spiritus) und bei der andauernd steigenden Weltmarktlage eine Erbschaftsteuer (1) und eine Verbrauchssteuer (2) auftragend werden können.“

Also dieser edle Zentrumssagrarier ist der Meinung, daß die arbeitende Bevölkerung einer beträchtlichen Wohlhabenheit erfreut, daß sie noch am ersten eine erhebliche Steuerbelastung vertragen kann. Eine beträchtlich höhere Biersteuer sei weit „erträglich“, als die Fahrkartensteuer und die Erbschaftsteuer!

Daß das Zentrum im Frühjahr 1900 in das Klatschgesetz die Bestimmung eingefügt hat, daß die Deduktion für neue Marineausgaben „nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern zu decken werden darf“, kümmert den Zentrumssagrarier nicht. Noch toller aber ist es, daß dieser Zentrumsmann der Regierung gründlich deshalb die Weiten des Reichstagsmacht, d. h. also auch des Zentrum, das die präventive Steuerkonvention verworfen und den Versuch gemacht habe, eine Weisheit für eine erneute Belastung des Proletariats zu erzwängen:

„Die Regierung zeigte von allem Anfang an, daß sie keinen festen Willen hatte, daß sie sich nicht für ihr Wort einsetzte, daß sie nichts wagen wollte. Im Jahre 1887 handelte es sich für die Regierung lediglich um eine Frage der Macht; sie appellierte an das Volk, wie bekannt, mit Erfolg. Sie handelte es sich um Lebensbedürfnisse des Reiches; die Regierung hat nichts, um ihren Willen, um das, was sie, wie man denken sollte, als notwendig erkannte, durchzuführen. ... Wo blieb ihre Führung bei einer so wichtigen Aktion? Wenn der Reichstag gesehen